

Positionspapier der SprecherInnen der BAGen Energie und Ökologie, Bündnis 90/Die Grünen

(aufgrund einer Diskussion auf der Sitzung beider BAGs in Berlin, 05.09.2003)

Endlager für radioaktive Abfälle

Wir unterstützen das vom AK End vorgeschlagene Verfahren für die Suche nach einem Atommüll-Endlager in Deutschland. Es ist wichtig, eine breite und fachkundige Diskussion über die Standards und Kriterien zu führen, die an eine Endlagerung zu stellen sind, die einen über Jahrhunderttausende wirkenden sicheren Abschluss von der Biosphäre gewährleisten soll. Erst auf dieser Grundlage darf ein Standort ausgewählt werden, nach einem Vergleich mehrerer Alternativen und unter umfassender Beteiligung der Menschen der betroffenen Regionen.

Wir unterstreichen unsere Kritik am Salzstock Gorleben, der nach den bisherigen Erkenntnissen als Endlager für Atommüll ungeeignet ist. Das für diesen Standort vereinbarte Moratorium muss eingehalten und die Zeit genutzt werden. Wir schlagen vor, es auf den gesamten Zeitraum eines vergleichenden Endlagersuchverfahrens auszudehnen, weil nur so eine faire und sachlich angemessene Beurteilung möglicher Standorte gewährleistet ist. Aus denselben Erwägungen bedauern wir, dass die Genehmigung für Schacht Konrad als Lager für nicht-wärmeentwickelnden Atommüll erteilt worden ist. Es kommt weiter darauf an, alle Spielräume zum Stopp dieses Verfahrens zu nutzen, zumal auch die Bundesregierung nur ein einziges Endlager für alle Arten von Atommüll will. Die Klagen gegen die Genehmigung von Schacht Konrad unterstützen wir.

Wir erwarten, dass die Bundesregierung das Verfahren zur neuen Endlagersuche zügig vorantreibt und noch in dieser Legislaturperiode verbindliche Sicherheitskriterien festlegt, die ein Endlager in Deutschland erfüllen muss. Das Auswahlverfahren sollte durch ein Bundesgesetz festgeschrieben werden. Dazu haben sich die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag 2002 bis 2006 verpflichtet. Wir wissen allerdings um die Schwierigkeiten, ein solches Gesetz angesichts der gegenwärtigen Mehrheiten durch den Bundesrat zu bringen.

Die Entwicklung in Russland und das Nuklearpaket der EU-Kommission, das derzeit noch diskutiert wird, lassen befürchten, dass die Tendenz zur Verschiebung des Atommüllproblems in andere Länder und Regionen wächst. Wir wenden uns mit Entschiedenheit dagegen und halten daran fest, dass die verursachende Industrie und die betroffenen Staaten die volle Verantwortung für die Entsorgung tragen. Wir halten es für wichtig, die Verpflichtung zur nationalen Endlagerung in Deutschland gesetzlich zu verankern.

Die gegenwärtig geltende Regelung zur Finanzierung der Entsorgung in Deutschland wie in vielen anderen europäischen Ländern ist dringend reformbedürftig. Unter der jetzigen Bundesregierung musste zwar ein Teil der Rückstellungen aufgelöst und versteuert werden. Die weiterhin existierenden Gewinnvorteile der deutschen EVUs führen aber zu Wettbewerbsverzerrungen auf dem Energiemarkt, unter dem besonders die deutschen Stadtwerke, aber auch andere europäische Energieversorgungsunternehmen und Betriebe mit umweltverträglicherer Energieerzeugung leiden.

Vor allem aber enthält das jetzige privatrechtliche System der Rückstellungen hohe Risiken für die Zukunft. Es besteht die Gefahr, dass das Geld aufgrund von Insolvenzen oder anderen Unternehmensentwicklungen nicht zur Verfügung steht. Der Konkurs des Energieriesen ENRON in den USA 2002 ist dafür ein Alarmzeichen. Zu denken gibt auch, dass die englische Regierung dem Konzern „British Energy“ die zukünftigen Finanzbelastungen der Entsorgung erlassen hat, um ihn finanziell zu sanieren.

Bei einer privatrechtlichen Regelung steht zu befürchten, dass die Bürgerinnen und Bürger mehrfach milliardenschwere Summen aufbringen müssen: heute durch Finanzierung der Rückstellungen mit dem Strompreis und den Verzicht auf Steuereinnahmen; zukünftig durch Finanzierung der Entsorgung selbst, weil die Rückstellungen dann vielleicht nicht mehr verfügbar sind.

Die Grünen haben sich immer für die Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsfonds ausgesprochen, um die geschilderten Risiken und Gewinnvorteile zu vermeiden. Dieser Vorschlag entspricht den Regelungen in einigen europäischen Ländern wie der Schweiz, Finnland, Schweden und Belgien. Wir setzen uns weiterhin sowohl auf der europäischen wie auf der nationalen Ebene für diese Lösung ein.

Berlin, 25.09. 2003

Simone Peter, Sprecherin BAG Energie
Hartwig Berger, Sprecher BAG Energie
Jutta Schiecke, Sprecherin BAG Ökologie
Harald Schwalbe, Sprecher BAG Ökologie

Kontakt:

hartwig.berger@t-online.de; 030-31800406